



Interviews

Datum: 22.08.2022

Tobias Armbrüster im Gespräch mit Marcel Fratzscher

Tobias Armbrüster: Es bleibt auch in dieser Woche das beherrschende Thema in Berlin: die zunehmenden Geldsorgen der Menschen in Deutschland und die steigenden Gas- und Stromrechnungen für alle Haushalte und alle Unternehmen. Von anhaltendem Wohlstandsverlust ist bereits in vielen Kommentaren die Rede. Am Wochenende haben wir außerdem gehört, dass immer weniger Menschen in Deutschland in der Lage sind, Geld zurückzulegen. Das komplette Einkommen wird in immer mehr Haushalten zur Lebensführung verbraucht, Sparquote gleich null. Über all das kann ich jetzt mit Marcel Fratzscher sprechen, dem Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Schönen guten Morgen, Professor Fratzscher.

Marcel Fratzscher: Guten Morgen, Herr Armbrüster.

Armbrüster: Herr Fratzscher, was bedeutet das für Deutschland, wenn Sparen nicht mehr möglich ist?

Fratzscher: Das zeigt eine dramatische soziale Spaltung, denn das Problem ist ja nicht nur, dass die Mehrheit der Deutschen in dieser Situation im Augenblick nichts mehr sparen kann, dass 60 Prozent jeden einzelnen Euro brauchen für den Lebensunterhalt, sondern das noch größere Problem in Deutschland ist, dass 40 Prozent praktisch gar keine Ersparnisse haben. Heißt: Viele Menschen haben die Situation im Augenblick, dass die Energiepreise durch die Decke schießen, die Nahrungsmittelpreise teurer werden, und haben keinen Weg, sich gegen diese Inflation zu schützen. Die logische Konsequenz ist, dass immer mehr Menschen zu den Tafeln gehen, auch, dass immer mehr Menschen überschuldet sind, Schuldnerberatungen aufsuchen, und das zeigt, viele können mit dieser Situation, die wir im Augenblick haben, nicht umgehen. Das ist keine kleine winzige Minderheit, sondern wir reden hier von 30, 40 Prozent der Deutschen, durchaus auch viele Menschen in der Mittelschicht, die mit dieser Inflation nicht umgehen können.

Armbrüster: In der vergangenen Woche hat die Bundesregierung zwei Antworten präsentiert auf diese drängenden Fragen, die Sie gerade schildern, nämlich einmal mit der Gasumlage und der anschließenden Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas. Was halten Sie von diesen Schritten?

Fratzschner: Das sind zwei Schritte vor und zwei Schritte zurück. Der Eindruck entsteht, dass die Bundesregierung keine Strategie hat, denn die Gasumlage, die einen typischen Vier-personen-Haushalt um 500 Euro im Jahr zusätzlich belastet, wird jetzt durch die Mehrwertsteuerensenkung im Prinzip wieder rückgängig gemacht. Diese vierköpfige Familie wird wieder um 500 Euro entlastet. Die meisten haben weder mehr, noch weniger als vorher.

Das Problem der Bundesregierung ist wie gesagt nicht nur, dass sie scheinbar keine klare Strategie hat, sondern dass wirklich Entlastung für Menschen mit mittleren und geringen Einkommen fehlt. Wir haben jetzt über die Gasumlage gesprochen. Der Bundesfinanzminister möchte die Kalte Progression, die steuerliche Belastung reduzieren. Das kommt aber zu 70 Prozent den oberen 30 Prozent zugute. Man fragt sich, was will die Bundesregierung tun. Das Problem, dass Menschen mit mittleren und geringen Einkommen massiv zusätzlich belastet sind durch diese Krise, ist nach wie vor nicht gelöst.

Armbrüster: Dazu sollte man wahrscheinlich sagen, die Bundesregierung hat schon einige Schritte auch für die unteren Einkommensschichten auf den Weg gebracht, unter anderem auch eine Energiepauschale, die im September greifen wird. Außerdem gibt es für Wohngeldempfänger besondere Regelungen und es ist noch ein weiteres Entlastungspaket angekündigt. Was würden Sie denn vorschlagen, was sollte als nächstes passieren?

Fratzschner: Zuerst mal muss man sagen: Das was in den ersten beiden Entlastungspaketen passiert ist, das sind temporäre Maßnahmen. Die laufen größtenteils jetzt Ende September aus. Jetzt kommt der Winter, die Preise steigen weiter und die Menschen haben das Problem wie vorher. Das beste Instrument, was man in dieser Situation nutzen kann, sind direkte finanzielle Transfers an Menschen mit mittleren und geringen Einkommen. Sprich: Unser Vorschlag ist ein Energiegeld von 100 Euro pro Kopf und pro Monat für alle, eine vierköpfige Familie, sagen wir mal, mit weniger als 6000 Euro Bruttoeinkommen. Das haben wir berechnet und das zeigt, 400 Euro extra pro Monat für 18 Monate, sagen wir mal, das würde ausreichen, um die Zusatzkosten durch höhere Energie- und Nahrungsmittelpreise zumindest zu kompensieren. Solche Direktzahlungen sind der beste Weg, weil dann jeder Mensch selber entscheiden kann, wofür er oder sie das Geld braucht. Der eine braucht es fürs Heizen, der nächste für den Weg zur Arbeit und der dritte vielleicht für die höheren Nahrungsmittelpreise. Das ist das effektivste Instrument, weil es Einsparungen nach wie vor möglich macht, weil es zielgenau ist und weil es auch ausreichend ist.

Armbrüster: Überschätzen Sie da möglicherweise die Möglichkeiten des deutschen Staatshaushalts?

Fratzschner: Nein. Der deutsche Staat kann sich das leisten. Unsere Berechnungen zeigen, ein solches Energiegeld, wie ich es beschrieben habe, würde pro Jahr vielleicht 30 bis 35 Milliarden Euro kosten. Das ist eine Stange Geld, das ist eine ganze Menge, aber mal im Vergleich: In der Corona-Pandemie hat der deutsche Staat 350 Milliarden Euro, das Zehnfache an Hilfen ausgegeben, größtenteils in Unternehmen. Das war gut investiertes Geld, das war richtig, aber der deutsche Staat kann sich das leisten und er muss es sich leisten, denn dieses Geld ist gut investiert in Schutz von Menschen, die dies jetzt benötigen, in sozialen Frieden, in Solidarität, um jetzt Schlimmeres zu verhindern. Der deutsche Staat kann sich das sehr wohl leisten und es wäre eine sehr gute Investition.

Armbrüster: Kann Deutschland trotzdem auch im kommenden Jahr oder vielmehr im kommenden Jahr wieder die Schuldenbremse einhalten?

Fratzschner: Nein. Das sehe ich als völlige Illusion. Ob der Staat jetzt ein Energiegeld gibt oder nicht, wir sehen eine massiv sich abschwächende Wirtschaft. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Wirtschaft im Winterhalbjahr in eine Rezession rutscht, steigt stetig, nimmt stetig zu, und in einer solchen Notsituation sagt ja selbst das Gesetz und das Grundgesetz, dass die Schuldenbremse durchaus auch ausgesetzt werden kann und sollte. Wir haben jetzt eine solche Notsituation und die Schuldenbremse sollte wirklich die geringste unserer Prioritäten sein. Der Staat, die Bundesregierung sollte oberste Priorität daraufsetzen, Schutz der Menschen mit mittleren und geringen Einkommen, um sozial Schlimmeres zu verhindern. Das sollte die obere Priorität sein, zusammen mit Zukunftsinvestitionen auch in Klimaschutz, und die Schuldenbremse sollte nicht die oberste Priorität haben.

Armbrüster: Herr Fratzschner, gerade bei der Schuldenbremse hat der Bundesfinanzminister Christian Lindner ja eine ganz andere Auffassung. Hören wir kurz rein, was er dazu gestern gesagt hat.

O-Ton Christian Lindner: „Wann ist eine Ausnahme von der Schuldenbremse möglich? – Wenn es einen überraschenden, nicht vorhersehbaren Schock von außen gibt. Trauriger Weise leben wir aber nun schon länger mit der Realität dieses schrecklichen Angriffskrieges und der wirtschaftlichen Folgen und deshalb muss dann wieder in den Grenzen der Verfassung gewirtschaftet werden.“

Armbrüster: Dauert die Krise nicht schon viel zu lang, als dass man sagen könnte, die Schuldenbremse ist nach wie vor gerechtfertigt?

Fratzscher: Nein. Es gibt kaum einen Staat in der Welt, der einen so soliden Staatshaushalt hat, wie das in Deutschland der Fall ist. Das zeigt sich auch darin, dass es kaum eine Regierung gibt, die weniger Zinsen auf ihre Schulden zahlen muss, als das im Augenblick in Deutschland der Fall ist. Man kann noch einen Schritt weitergehen: Der Staat ist der große und der größte Gewinner dieser Inflation.

Armbrüster: Entschuldigen Sie, Herr Fratzscher, wenn ich Sie kurz unterbreche. Christian Lindner sagt, es ist nicht so, dass diese Krise uns gerade schockartig trifft, wie es für ein Aussetzen der Schuldenbremse nötig wäre, sondern die Krise ist länger da und deshalb können wir die Schuldenbremse nicht jahrelang aussetzen.

Fratzscher: Na ja, der Schock des Krieges ist seit Februar. Gut, das ist jetzt nicht seit heute. Aber ich wüsste niemanden, der diesen Krieg hat kommen sehen mit der Explosion der Energiepreise und einer Verzehnfachung der Gaspreise. Das ist sehr wohl ein Schock und ich glaube nochmals, man muss sich doch überlegen, worum geht es denn im Augenblick. Ist es wirklich nicht so schlimm, wie das Christian Lindner anscheinend suggeriert und sagt, damit müssen die Menschen selber auskommen? Ich glaube, viele Menschen verstehen noch nicht, wie dramatisch die soziale Situation im Augenblick ist. Wir reden hier wirklich von einem erheblichen Teil der Menschen in Deutschland, die nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, und das ist ein Schaden, der diesen Menschen entsteht und übrigens uns als Gesellschaft und auch als Wirtschaft als Ganzes, denn wenn hier viele Menschen nicht mehr weggehen können, dann entsteht auch ein wirtschaftlicher Schaden für alle. Deshalb halte ich höhere Schulden für eine gute Investition.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.